

3. Gehören zu den von Mohamed ElBaradei genannten »jeglichen Mitteln« für einen Regimewechsel in Iran auch der Einsatz des Computervirus »Stuxnet«, der in der iranischen Anreicherungsanlage Natanz schwere Schäden hinterlassen hat, die Ermordung einiger ranghoher iranischer Atomwissenschaftler oder möglicherweise auch die Explosion auf einem Raketenstützpunkt der Revolutionären Garden Irans unweit von Teheran, bei der am 12. November 2011 mit General Hasan Moghadam – neben 16 weiteren Angehörigen der Revolutionären Garden – eine Schlüsselperson des iranischen Raketenprogramms getötet wurde?
4. Begründet das von ElBaradei genannte Motiv des Regimewechsels allein die Sorge der US-Regierung und der EU-Staaten vor einer iranischen Atombombe und deren Auswirkungen auf Israel sowie auf die sunnitischen westlich orientierten Erdöllieferstaaten der Region? Welche Rolle spielen bei der Suche nach einem »regime change« die Langzeitverträge, die Iran mit China und Indien über die Lieferung von Öl und Gas abgeschlossen hat – und die vermutlich nur bei einem Sturz der derzeitigen Machthaber in Qom und Teheran so ausgehandelt werden könnten, dass das iranische Öl und Gas in den nächsten Jahrzehnten in Richtung Westen statt nach Osten fließt?
5. Welche Motive treiben die israelische Regierung gerade zum jetzigen Zeitpunkt, Iran mit Krieg zu drohen? Welche Rolle spielt bei der Wahl des gegenwärtigen Zeitpunkts die US-Präsidentenwahl Ende des Jahres 2012, wobei Barack Obama im nächsten Jahr kaum noch einen israelischen Angriff auf Iran unterstützen könnte, ohne vermutlich seine Wiederwahl zu gefährden?
6. Droht die israelische Regierung mit Krieg, um dadurch lediglich die US-Regierung, die EU und auch andere Staaten zu schärferen Sanktionsmaßnahmen gegenüber Iran zu bewegen? Sollen – aus Sicht der israelischen Regierung – mit dem Thema der verschärften Bedrohung Israels durch Iran die Themen »Gründung eines Staates Palästina«, »Kritik an Besatzung und Siedlungsbau« und »Soziale Missstände in Israel« aus der vordersten internationalen Diskussionsreihe gedrängt werden?
7. Als Frankreich 1980 in der Nähe von Bagdad einen Reaktor baute, der das Material für ein bis zwei Atombomben pro Jahr hätte produzieren können, zerstörten 14 israelische Kampfflugzeuge am 7. Juni 1981 den unmittelbar vor der Fertigstellung stehenden irakischen Reaktor bei Tuweitha. Die Arbeiten am Reaktor unter-

lagen zu diesem Zeitpunkt der Internationalen Atomenergiebehörde in Wien (IAEA), der die israelische Führung keine effektive Kontrolle zutraute.

Im Juni 1981 verurteilte der UN-Sicherheitsrat – mit Zustimmung der USA – den israelischen Luftangriff auf den irakischen Atomreaktor in der Resolution 487 als »gefährlich für den internationalen Frieden und die Sicherheit« sowie »klare Verletzung der Charta der Vereinten Nationen« und forderte Israel auf, »sich in Zukunft jeglicher solcher Attacken und auch deren Androhungen zu enthalten«<sup>3)</sup> (Übersetzung: Clemens Ronnefeldt). Sanktionen scheiterten anschließend am US-Veto.

In Verletzung dieser UN-Resolution bombardierte die israelische Luftwaffe im Jahre 2007 eine Nuklearanlage in Syrien.

Wenn die UN-Resolution 487 von der israelischen Regierung klar den Verzicht auf die Androhung von zukünftigen weiteren Attacken auf Atomanlagen anderer Staaten fordert, stellen die gegenwärtigen Aussagen führender israelischer Politiker (»Peres droht Iran mit Angriff«)<sup>4)</sup> nicht bereits eine zu ahndende Verletzung der UN-Resolution 487 dar?

8. Wie sind die Aussagen der UN-Charta in Artikel 2 mit der derzeitigen westlichen Politik gegenüber Iran oder auch Libyen vereinbar? Der Artikel 2 beginnt mit den Aussagen: »Die Organisation und ihre Mitglieder handeln im Verfolg der in Artikel 1 dargelegten Ziele nach folgenden Grundsätzen:
  1. Die Organisation beruht auf dem Grundsatz der souveränen Gleichheit aller ihrer Mitglieder.
  2. Alle Mitglieder erfüllen, um ihnen allen die aus der Mitgliedschaft erwachsenden Rechte und Vorteile zu sichern, nach Treu und Glauben die Verpflichtungen, die sie mit dieser Charta übernehmen.
  3. Alle Mitglieder legen ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel so bei, dass der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden.
  4. Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.«<sup>5)</sup>

*Clemens Ronnefeldt ist Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des internationalen Versöhnungsbundes.*



3) [www.ipw.rwth-aachen.de/pub/paper/paper\\_01.html](http://www.ipw.rwth-aachen.de/pub/paper/paper_01.html)

4) [www.sueddeutsche.de/r5w38W/298715/Peres-droht-Iran-mit-Angriff.html](http://www.sueddeutsche.de/r5w38W/298715/Peres-droht-Iran-mit-Angriff.html)

5) [www.un.org/depts/german/un\\_charta/charta.pdf](http://www.un.org/depts/german/un_charta/charta.pdf)

Dieter Junker

# Die Großdemonstration der Friedensbewegung am 11. Oktober 1986 in Hasselbach

Ein historischer Rückblick

**A**m 11. Oktober 1986 demonstrierten mehr als 180.000 Menschen im Hunsrück gegen die Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Deutschland. Es war die größte Demonstration, die Rheinland-Pfalz jemals sah. Erstmals protestierte die bundesweite Friedensbewegung direkt an einem Militärstandort und nicht in einer Großstadt. Es war zudem die erste Großdemonstration nach Beginn der Stationierung von Cruise Missiles und Pershing II, und es sollte die vorletzte große Kundgebung der Friedensbewegung in Deutschland sein, die mehr als 100.000 Menschen mobilisierte.

## Die Großdemonstrationen der Friedensbewegung

In der 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts entwickelte sich die Friedensbewegung zu einer Massenbewegung in Deutschland. Zehntausende von Menschen gingen auf die Straßen, um gegen den Nato-Doppelbeschluss von 1979 und die sich daraus ergebende Stationierung von atomaren Mittelstreckenwaffen in Deutschland zu protestieren.

Zu einer der ersten großen Friedensdemonstrationen kam es beim Deutschen Evangelischen Kirchentag 1981 in Hamburg. Bereits im Oktober 1981 demonstrierten mehr als 300.000 Menschen im Bonner Hofgarten gegen den Nato-Doppelbeschluss. Im Juni 1982 besuchte der damalige US-Präsident Ronald Reagan die Bundesrepublik, aus diesem Anlass kamen rund eine halbe Million Menschen am 10. Juni 1982 zu einer Friedensdemonstration, ebenfalls in Bonn.

Beim »heißen Herbst« im Vorfeld der Entscheidung des Deutschen Bundestages über die Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Deutschland gingen am 22. Oktober 1983 weit mehr als eine Million Menschen in Bonn, Berlin, Hamburg, Stuttgart und Ulm gegen den Nato-Doppelbeschluss auf die Straße, zwischen Stuttgart und Ulm gab es eine geschlossene Menschenkette.

## Friedensbewegung im Umbruch

Trotz dieser Massenproteste war es der Friedensbewegung allerdings nicht gelungen, die Statio-

nierung der Cruise Missiles und der Pershing-Raketen in Deutschland zu verhindern.

Was folgte, waren Diskussionen über die weitere Arbeit und die künftige Strategie der Friedensbewegung. Gleichzeitig gingen auch die Teilnehmerzahlen an den Protestaktionen 1984 gegenüber den Vorjahren deutlich zurück, eine Resignation machte sich vielerorts breit. Im Streit über den künftigen Weg drohte der Koordinierungsausschuss der Friedensbewegung auseinanderzubrechen. Um dies zu verhindern, entschieden sich die Friedensgruppen, für das Jahr 1985 zu einer Denkpause aufzurufen. Ein »Großer Ratschlag« am 16. und 17. Juni sollte dann über zukünftige Aktionen und Konzepte der Friedensbewegung entscheiden.<sup>1)</sup>

Der »Große Ratschlag« in Köln verabschiedete fünf Punkte, die den programmatischen Rahmen für die weitere Arbeit der Friedensbewegung bilden sollten. Dazu gehörte die Ablehnung einer Weltraummilitarisierung, der Stopp der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles, das Nein zu einer Erhöhung des Rüstungshaushaltes, das Ende des Ausbaus der militärischen Infrastruktur in der Bundesrepublik und den Einsatz der bisherigen Rüstungsausgaben in Hilfen für die »Dritte Welt«.

## Die Entscheidung für Hasselbach

In dieser Umbruchphase hatte die Friedensbewegung für 1985 bewusst auf zentrale Großveranstaltungen verzichtet. Trotzdem hatten sich mehrere Gruppen im Koordinationsausschuss der Friedensbewegung für größere Protestaktionen ausgesprochen. Bereits Ende 1984, kurz nach der Menschenkette zwischen Hasselbach und Duisburg, wo Hasselbach das erste Mal im Mittelpunkt einer bundesweiten Protestaktion stand, war wohl die Idee einer Großdemonstration im Hunsrück aufgekommen.<sup>2)</sup> Das »Komitee für Frieden,

1) Einen umfassenden Überblick über die Entwicklung der Friedensbewegung wie auch über die Teilnehmerzahlen an Demonstrationen in diesen Jahren gibt: Thomas Leif, Die professionelle Friedensbewegung. Friedensbewegung von innen, Bonn 1985; Thomas Leif, Die strategische (Ohn-)Macht der Friedensbewegung. Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen in den achtziger Jahren, Opladen 1990.

2) Heidrun Zimmer berichtet in einem Rundschreiben an die

Abrüstung und Zusammenarbeit« (KoFAZ), eine der größeren Gruppen im Koordinationsausschuss, hatte zudem bereits für 1985 Aktionen im Hunsrück, am Stationierungsort der 96 Cruise Missiles, angeregt.<sup>3)</sup>

Bei der Sitzung des Koordinationsausschusses im Oktober 1985 in Bonn legten sieben christliche und unabhängige Friedensgruppen eine Diskussionsvorlage für eine große Massenaktion im Herbst 1986 vor, so beispielsweise eine Menschenkette von Hasselbach nach Dernau zum Regierungsbunker im Ahrtal, mit der auch Einfluss auf den Bundestagswahlkampf 1987 genommen werden sollte.<sup>4)</sup>

Angesichts dieser Vorschläge zeichnete sich bereits im Spätsommer 1985 ab, dass die Friedensbewegung für 1986 wieder zu einer bundesweiten Großaktion aufrufen wird und dass Hasselbach dabei eine Rolle spielen könnte. Die grundsätzliche Entscheidung für eine Großdemonstration fiel auf einer Klausurtagung des Koordinationsausschusses am 14. und 15. Dezember 1985 in Bonn-Poppelsdorf. Eigentlich sollte an diesem Tag eine Aktionskonferenz stattfinden, die allerdings aufgrund der Meinungsverschiedenheiten zwischen den Friedensgruppen vertagt wurde. Bei dieser Sitzung sprach sich eine Mehrheit für eine Großdemonstration im Herbst 1986 an einem Stationierungsort aus, die sich an den in Köln beschlossenen fünf Punkten orientieren sollte, ohne Redner von Parteien, dafür aber mit Aktionen zivilen Ungehorsams.<sup>5)</sup>

Nicht klar war zu diesem Zeitpunkt, wo im Herbst demonstriert werden sollte. Zur Wahl standen Mutlangen in Baden-Württemberg und Hasselbach im Hunsrück. Jutta Dahl aus Bell, eine der Protagonistinnen der Hunsrücker Friedensbewegung, hatte bereits am 20. Oktober 1984 bei einer Kundgebung in Bonn zum Abschluss der Menschenkette zwischen Hasselbach und Duisburg die Friedensbewegung eingeladen, in den Hunsrück zu kommen: »Kommt und schaut es euch an!«<sup>6)</sup>

Einige Mitglieder des Koordinationsausschusses befürchteten allerdings, dass angesichts der schlechten Infrastruktur im Hunsrück nur wenige Demonstrationsteilnehmer nach Hasselbach kommen würden, während andere KA-Mitglieder argumentierten, dass gerade die Militarisierung des Hunsrücks alle fünf Kölner Punkte symbolisieren würden. Bei einer ersten Probeabstimmung gab es eine Mehrheit von 13 gegen acht

Stimmen für Hasselbach. Vor allem die christlichen und unabhängigen Gruppen im KA wie Aktion Sühnezeichen, Pax Christi, die Initiative Kirche von unten, die Grünen, BUF und der BBU hatten für den Hunsrück votiert, während das KoFAZ-Spektrum, die Jusos und die DFG-VK für Mutlangen stimmten.<sup>7)</sup> Damit war bereits im Dezember 1985 eine Vorentscheidung für Hasselbach gefallen.

Auf seiner nächsten Sitzung bestätigte der Koordinationsausschuss der Friedensbewegung am 10. Januar 1986 diese Vorentscheidung für eine Großdemonstration im Hunsrück. Der Beschluss fiel diesmal einstimmig, weil die Friedensbewegung so ein eindeutiges Signal der Einheit geben wollte.<sup>8)</sup>

»Diese KA-Entscheidung signalisiert eine wesentliche Weiterentwicklung in der langfristigen Strategie der Friedensbewegung«, so Dieter Schöffmann (Bremen) von der Koordinationsstelle Ziviler Ungehorsam. Er betonte: »Erstmals findet eine von allen Spektren der Friedensbewegung beschlossene Großaktion an einem Stationierungsort statt und es wird nicht mehr nur eine Rüstungsmaßnahme, sondern der ganze Aufrüstungskurs in den Mittelpunkt des Protestes und der Kritik gestellt.«<sup>9)</sup>

Die endgültige Entscheidung für Hasselbach und den Hunsrück fiel dann auf der Aktionskonferenz der Friedensbewegung am 1. und 2. Februar 1986 in Bonn-Beuel, auf der Gerhard Lorenz, der 1. Beigeordnete von Bell und in der Hunsrücker Friedensbewegung aktiv, in einem viel beachteten Lichtbildervortrag die Situation auf dem Hunsrück und die Folgen der Stationierung von Cruise Missiles schilderte.

### ■ Die Hunsrücker FI wird Mitglied der Geschäftsführung

Bei der Sitzung des Koordinationsausschusses am 10. Januar 1986 war auch eine neue Geschäftsführung für 1986 gewählt worden, erstmals mit Vertretern der Friedensinitiative (FI) Rhein-Hunsrück-Mosel-Nahe, die bereits seit Dezember 1985 eng in die Planungen für eine Großdemonstration eingebunden war.

Schon im Dezember 1985 waren Mitglieder der unabhängigen Friedensgruppen im Hunsrück gewesen, um zu sondieren, ob die FI eine solche Großdemonstration unterstützen würde. Beim FI-Delegiertentreffen am 6. Dezember 1985 in Kirchberg sprachen sich die meisten Anwesenden für eine solche Großaktion im Hunsrück aus, allerdings gab es auch Bedenken, ob die Interes-

Hunsrücker Friedensstammtische und -gruppen vom 18. Dezember 1984 von entsprechenden Überlegungen bei einem Treffen der AG Friedensbüros in Heidelberg.

3) Graswurzelrevolution, Nr. 95 (Juni 1985), S. 8 ff.

4) Diskussionsvorlage für die KA-Sitzung am 24.10.1985, Evangelisches Zentralarchiv (EZA) ZA50099/10 Sign.: 97/667.

5) Protokoll der KA-Sitzung vom 14./15. Dezember 1985.

6) Friedensinformationen 4/1984, S. 2 f.

7) Schreiben der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V. vom 17. Dezember 1985

8) Protokoll der KA-Sitzung vom 10. Januar 1986.

9) Graswurzelrevolution Nr. 101 (Februar 1986), S. 8 ff.

sen der FI Rhein-Hunsrück-Mosel-Nahe genügend beachtet würden.<sup>10)</sup>

Neben der Hunsrücker Friedensbewegung gehörten der neuen Geschäftsführung für 1986 noch die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (AS/F), der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), die Bundeskonferenz unabhängiger Friedensinitiativen (BUF), die DFG-VK, die Initiative Kirche von Unten und das Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KOFÄZ) an.<sup>11)</sup> Bereits wenige Tage später traf sich der Koordinationsausschuss zu einer Sitzung im Hunsrück, wo die ersten organisatorischen Vorbereitungen für die Demonstration am 11. Oktober 1986 getroffen wurden.<sup>12)</sup>

Als Vertreter der FI Rhein-Hunsrück-Mosel-Nahe wurden auf der Delegiertenversammlung am 24. Januar 1986 in Emmelshausen Heidrun Zimmer und Helmut Jordan benannt. Der dritte Delegierte sollte reihum von den Stammtischen benannt werden.

Helmut Jordan erklärte allerdings später seinen Rücktritt aus der Geschäftsführung, da seine Anwesenheit dort absolut überflüssig sei. »Man kann dort gar nichts bewegen. Über die Arbeitsweise bin ich sehr enttäuscht. Es reicht für uns, wenn einer mitbekommt, was dort läuft«, so Helmut Jordan.<sup>13)</sup> Heidrun Zimmer blieb danach die einzige FI-Vertreterin in der KA-Geschäftsführung.

## ■ Die Diskussion um die Blockaden

Schon kurz nach der Entscheidung der Aktionskonferenz für die Großdemonstration in Hasselbach begann eine Diskussion, die erst kurz vor dem 11. Oktober 1986 beendet werden sollte: die Frage nach Aktionen zivilen Ungehorsams im Vorfeld oder während der Großdemonstration im Hunsrück. Sowohl der Koordinationsausschuss wie auch die Aktionskonferenz hatten sich dafür ausgesprochen.

Allerdings gab es eine entscheidende Einschränkung im Beschluss. Denn solche Aktionen sollte es nur in Absprache mit der Hunsrücker Friedensbewegung geben. Und hier hatte die FI Rhein-Hunsrück-Mosel-Nahe schon frühzeitig Skepsis geäußert, da sie befürchtete, dass die eher konservative Hunsrücker Bevölkerung durch Polizeieinsätze und mögliche gewalttätige Aktionen im Vorfeld der Demonstration verschreckt würde, was zu Mobilisierungsschwierigkeiten führen könnte.<sup>14)</sup>

Mehrere Gruppen aus dem Koordinationsausschuss hielten dennoch an ihrer Absicht fest, im Zusammenhang mit der Großdemonstration zu Aktionen zivilen Ungehorsams aufzurufen. Die »Bundeskonferenz unabhängiger Friedensgruppen« (BUF) startete eine Aktion »Licht ins Dunkel der Aufrüstung« und lud zum 24. Mai 1986 zu ersten Aktionen an militärischen Standorten im Hunsrück ein, an denen rund 60 Personen aus acht Gruppen teilnahmen.<sup>15)</sup> Ende Juni 1986 gab es eine »Hunsrück-Konferenz« der BUF in Rüsselsheim, auf der Aktionen zivilen Ungehorsams weiter vorbereitet werden sollten. Bei einem Treffen der BUF im März in Sargenroth hatten Heidrun Zimmer und Benno Kisters von der FI nochmals die Situation im Hunsrück erläutert.<sup>16)</sup>

Zwischenzeitlich war es am 7. Juni 1986 in Wackersdorf zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten gekommen. Am gleichen Tag eskalierte auch in Brokdorf eine Demonstration. Diese Bilder bestärkten die Mitglieder der Hunsrücker Friedensbewegung in ihrer ablehnenden Haltung. Auch beim KA in Bonn gingen zahlreiche Schreiben von anderen Friedensgruppen aus dem ganzen Bundesgebiet ein, die vor ähnlichen gewaltsamen Protesten im Hunsrück warnten und sogar eine Verlegung der Großdemonstration nach Koblenz vorschlugen.

Bereits am 19. Juni 1986, also nur wenige Tage nach den gewaltsamen Protesten in Wackersdorf und Brokdorf, diskutierte der Koordinationsausschuss über Aktionen zivilen Ungehorsams im Hunsrück. Die BUF-Vertreter schlugen eine Aktion am Vortag in Kappel oder an der Air Base Hahn vor oder aber eine Aktion während der Demonstration. Vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse war allerdings eine sachliche Diskussion dieser Vorschläge nicht möglich, die Geschäftsführung wurde beauftragt, Aktionsvorschläge zu erarbeiten.<sup>17)</sup>

Am 1. Juli 1986 erneuerten die BUF-Vertreter ihren Vorschlag, die Hunsrücker FI-Vertreterin Heidrun Zimmer verwies in der Geschäftsführungssitzung dagegen darauf, dass sich die Hunsrücker Gruppen auf einem Delegiertentreffen gegen solche Aktionen im direkten Zusammenhang mit der Demonstration ausgesprochen hatten.<sup>18)</sup> Nur eine Woche später einigte sich die Geschäftsführungsrunde, an der die Hunsrücker FI nicht teilnahm, dennoch darauf, zu einer zweitägigen Blockade am Stationierungsort Hasselbach aufzurufen, ohne allerdings ein Datum dafür festzulegen.<sup>19)</sup> Und nur wenige Tage danach sprachen sich

10) Friedensinformationen 14/1985, S. 15 f.

11) Ebd.

12) Friedensinformationen 15/1986, S. 5.

13) Friedensinformationen 17/1986, S. 15.

14) Graswurzelrevolution Nr. 101 (Februar 1986), S. 8 ff.

15) Schreiben der Koordinationsstelle »Ziviler Ungehorsam« vom 16. Mai 1986

16) Friedensinformationen 16/1986, S. 12 f.

17) Protokoll der Sitzung des Koordinationsausschusses vom 19. Juni 1986 in der Waldau, S. 2 f.

18) Protokoll der Geschäftsführungssitzung vom 1. Juli 1986.

19) Protokoll der Geschäftsführungssitzung vom 9. Juli 1986, S. 1.

einige Gruppen für »Peace Camps« im Vorfeld der Großdemonstration aus, in deren Umfeld es dann zu einer ein- bis zweitägigen Sitzblockade vor den Haupttoren des Stationierungsgeländes in Hasselbach kommen sollte.<sup>20)</sup> Der Koordinationsausschuss beschloss am 18. Juli 1986 allerdings entgegen dieser Vorschläge mit knapper Mehrheit, eine Entscheidung über eine Blockade im Vorfeld der Demonstration weiter offenzulassen, wohl auch mit Rücksicht auf die Hunsrücker Bedenken.<sup>21)</sup>

Denn der Widerspruch aus dem Hunsrück blieb. Auf einer Vollversammlung der FI Rhein-Hunsrück-Nahe-Mosel am 11. August 1986 in Bell lehnte eine große Mehrheit der anwesenden Friedensstammtische eine Aktion zivilen Ungehorsams vor dem 11. Oktober 1986 ab, da Bilder von möglichen Auseinandersetzungen mit der Polizei viele Menschen von einer Teilnahme an der Großdemonstration abhalten würden. »Für uns steht als örtliche Friedensinitiativen zu viel auf dem Spiel!«, so die Vollversammlung.<sup>22)</sup> Lediglich Vertreter der Hunsrücker Grünen hatten sich für Blockaden vor oder während der Großdemonstration ausgesprochen.

Angesichts dieser klaren Aussage sahen schließlich auch die Vertreter des KA, die zu Gesprächen mit den örtlichen Friedensgruppen in den Hunsrück gekommen waren, wenig Sinn, weiterhin auf Aktionen zivilen Ungehorsams im Zusammenhang mit der Hasselbacher Großdemonstration zu bestehen. »Ich bedauere diese Entwicklung sehr, da ich eine Aktion zivilen Ungehorsams vor dem 11.10. im Hunsrück für notwendig, richtig und auch machbar gehalten habe«, so Andreas Zumach in einer Vorlage an den KA. Sein Fazit: »Die Meinungsbildung und Stimmungslage sowohl im KA wie bei den Hunsrückern zum jetzigen Zeitpunkt, acht Wochen vor dem 11.10., macht eine gut vorbereitete und verantwortlich getragene Aktion nicht mehr vorstellbar.«<sup>23)</sup>

So beschloss der KA am 12. August 1986 mit 15 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung der BUF, auf Aktionen zivilen Ungehorsams im Zusammenhang mit der Großdemonstration in Hasselbach zu verzichten, stattdessen eine vierwöchige Blockadeaktion in Mutlangen im September und Oktober 1986 zu unterstützen.<sup>24)</sup> Am 20. und 21. November 1986, fünf Wochen nach der Großdemonstration, kam es dann aber auch zur ersten Blockade in Hasselbach, der noch weitere folgen sollten.<sup>25)</sup>

## Die Demo-Vorbereitungen laufen auf Hochtouren

Parallel zu dieser Diskussion innerhalb der Friedensbewegung liefen die Vorbereitungen für die Großdemonstration bereits auf Hochtouren. Der Koordinierungsausschuss hatte im Hunsrück ein eigenes Büro, zunächst in Kirchberg, später dann in Kastellaun eingerichtet, in dem ab dem 1. April 1986 Heidrun Zimmer von der FI Rhein-Hunsrück-Mosel-Nahe und ab dem 15. April 1986 Jürgen Locher tätig waren.<sup>26)</sup> Schwerpunkt der Arbeit vor Ort war die organisatorische Vorbereitung der Großdemonstration, so die Gespräche mit den Kommunalverwaltungen im Hunsrück, der lokalen Polizei, die Beantwortung von Presseanfragen, die Betreuung von Besuchergruppen aus der Friedensbewegung und die Koordination der Arbeit der Hunsrücker Friedensbewegung.

Je näher die Großdemonstration rückte, um so größer wurde auch das Interesse der Medien und auswärtiger Gruppen am Hunsrück. Zu den Friedensgebieten am Stationierungsgelände erschienen jeden Sonntag über 200 Menschen. Gruppen und Parteien besuchten Hasselbach, eine Düsseldorf-Wandmalgruppe malte die »Hunsrücker Raketenkuh« auf eine Scheune in der Nähe von Bell. Ein Bild, das später zum Symbol der Hunsrücker Friedensbewegung werden sollte.<sup>27)</sup> Mitglieder der Hunsrücker Friedensbewegung informierten in Schreiben die Gemeinderäte und Bürgermeister der Dörfer rund um Hasselbach regelmäßig über den Stand der Vorbereitungen, es gab Gesprächsabende mit den Hunsrücker Bürgern. Alles mit dem Ziel, Vertrauen zwischen Hunsrückern und Friedensbewegung aufzubauen und Vorurteile zu verringern.

Lief die Arbeit im Hunsrück problemlos, so sorgten finanzielle Probleme beim Koordinierungsausschuss für Sorgenfalten. »30.000 DM bis zum 20. April, sonst (...) werden die Vorbereitungen für den 11. Oktober (...) eingestellt«, so hieß es in einem Brandbrief der Geschäftsführung an die KA-Mitglieder vom 12. April 1986. Darin wurden die Verbindlichkeiten des KA aufgelistet, ebenso aber auch die Tatsache, dass viele Gruppen ihre Mitgliedsbeiträge nicht zahlten. Immer wieder diskutierte die Geschäftsführung die prekäre finanzielle Situation, die »Bundeskonzferenz unabhängiger Friedensgruppen« schlug am 27. April 1986 sogar vor, die Großdemonstration am 11. Oktober abzusagen. Nachdem schließlich Ende April ein Bundestagsabgeordneter der Grünen 5.000 Mark spendete, weitere 5.000 Mark als Darlehen zur Verfügung stellte, der Bundesvorstand der Grünen 10.000 Mark in Aussicht stellte und auch

20) Protokoll der Geschäftsführungssitzung vom 18. Juli 1986, S. 1.

21) Protokoll der KA-Sitzung vom 18.07.1986, S. 5.

22) Beschluss der Vollversammlung der FI Rhein-Hunsrück-Nahe-Mosel am 11. August 1986 in Bell, S. 2.

23) Vorlage für die KA-Sitzung am 12. August 1986, S. 2.

24) Beschluss des Koordinationsausschusses der Friedensbewegung vom 12.8.86, EZA ZA5099/10 Sign.: 97/668.

25) Vgl. dazu: Dieter Junker: Ziviler Ungehorsam im Hunsrück. Die Hasselbach-Blockaden der Friedensbewegung und ihre Folgen, in: Forum Pazifismus Nr. 27/28 – III+IV/2010, S. 42-45.

26) Kurzprotokoll der Geschäftsführungssitzung vom 10. April 1986, S. 2.

27) Friedensinformationen 19/1986, S. 1 f.

einige Gruppen ihre Zahlungen wieder aufnehmen, der KA zudem selbst einige Einsparungen beschloss, konnte der KA einen Haushalt verabschieden, womit die Großdemonstration in Hasselbach gesichert war.<sup>28)</sup>

## ■ Die Großdemonstration am 11. Oktober 1986

Am 11. Oktober war es dann soweit: Mehr als 180.000 Menschen demonstrierten im Hunsrück gegen die atomare Aufrüstung. Es waren mehr, als die Organisatoren erwartet hatten. Im Vorfeld hatte der KA mit 50.000 Demonstranten gerechnet, bei der Polizei war man von weniger als 100.000 Personen ausgegangen.<sup>29)</sup> Mit sieben Sonderzügen und mehr als 1.000 Bussen waren die Demonstrationsteilnehmer in den Hunsrück gekommen. Viele Seitenstraßen rund um Hasselbach waren als Parkraum gesperrt, für die Sonderzüge war die eigentlich bereits stillgelegte Hunsrückbahn nochmals reaktiviert worden. Die Hunsrücker Friedensbewegung schätzte, dass auch rund 10.000 Hunsrücker an der Großdemonstration teilnahmen.

Drei Stunden lang umschlossen die Demonstranten das Stationierungsgelände bei ihrem Demonstrationzug über rund zehn Kilometer von Kastellaun über Spesenroth und Hasselbach zum Marktplatz bei Bell, wo die Abschlusskundgebung stattfand, die der Beller Pfarrer August Dahl moderierte. Der österreichische Zukunftsforscher Robert Jungk, einer der Hauptredner, hob hervor, dass es zu den Menschenrechten gehöre, dass die Heimat einer ortsansässigen Bevölkerung nicht zerstört werden dürfe. Die Mainzer Theologie-Professorin Luise Schottroff betonte, dass ein Christ die Pflicht habe, die militärischen Todesmaschinen wie die Cruise Missiles zu bekämpfen.<sup>30)</sup> Für die Musik bei der Kundgebung sorgten Udo Lindenberg, Hannes Wader, die russische Popsängerin Alla Pugatschowa und ein Swapo-Chor aus dem südlichen Afrika. In einer »Hunsrücker Erklärung«, die zum Abschluss der Kundgebung verlesen wurde, betonten die Organisatoren, dass man keine Ruhe geben werde, bis sämtliche Atomwaffen aus Europa verschwunden seien.<sup>31)</sup>

## ■ Gewaltfrei im Hunsrück

Mit einer völlig neuen Taktik begleitete die Polizei die Großdemonstration im Hunsrück. »Gewalt-

frei im Hunsrück«, so lautete der Slogan, mit dem sich die Polizei wie auch die Veranstalter auf die Tage in Hasselbach vorbereiteten. Ziel der Polizei war: »Hasselbach soll kein Hamburg werden.«<sup>32)</sup>

Schon im Vorfeld gab es mehrere Gesprächsrunden in Wengerohr und Enkenbach zwischen Polizeiführung, Polizeipsychologen, Vertretern der Kirchen und der Friedensbewegung. Die Polizei verzichtete bewusst auf massives Auftreten mit Schutzschildern und -helmen, um die Demonstrationsteilnehmer nicht zu provozieren.

Die Polizei schulte zudem im Vorfeld der Demonstration alle Polizeiführer, es gab Stressbewältigungsprogramme.<sup>33)</sup> Insgesamt waren in Hasselbach rund 5.000 Polizeibeamte im Einsatz.

In Flugblättern informierte die Polizei sowohl Anwohner wie Demonstranten über die eigene Rolle und das Vorgehen, für die Bürger wurde ein Sorgentelefon eingerichtet, Zettel informierten über Parkräume und Parkstraßen rund um Hasselbach. Dazu stellten aber auch die Veranstalter zahlreiche Ordner.

»Wer hätte das gedacht? Nach Brokdorf, Wackersdorf und Hamburg 1986 eine Großdemonstration mit Bilderbuchcharakter«, so später die Gewerkschaft der Polizei. Sie bilanzierte diese Strategie des friedlichen Nebeneinanders: »Keine Ausschreitungen, keine Festnahmen, keine Stahlkugeln auf Polizisten, kein Wasserwerfereinsatz, kein Demonstrant, der nicht den Kundgebungsort erreicht hätte, keine verletzten Polizeibeamten und keine verletzten Demonstrationsteilnehmer.«<sup>34)</sup>

## ■ »Linksextremer Einfluss und gekaufte Demonstranten«

Seitens der Befürworter der Nachrüstung und der Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Deutschland sah sich die Friedensbewegung im Zusammenhang mit der Großdemonstration in Hasselbach allerdings immer wieder auch Vorwürfen und Kampagnen ausgesetzt. Nach den gewaltsamen Protesten in Brokdorf und Wackersdorf hatten sich die Unionsfraktionen für Verschärfungen beim Demonstrationstrafrecht stark gemacht und auch vor ähnlichen gewaltbereiten Demonstranten in Hasselbach gewarnt. In einer Presseerklärung wandte sich im Juli 1986 der Koordinierungsausschuss der Friedensbewegung gegen eine »Hetzkampagne von CDU/CSU«.<sup>35)</sup>

In einer Broschüre, die kurz vor der Demonstration erschien, wies das Bundesinnenministerium auf einen »linksextremistischen Einfluss« bei

28) Schreiben der Geschäftsführung an die KA-Organisationen vom 14. Mai 1986. Der Haushalt wurde in der Sitzung des Koordinierungsausschusses am 20. Mai 1986 beschlossen.

29) Pressemitteilung des Koordinierungsausschusses vom 8. Oktober 1986; Rhein-Zeitung vom 27./28. September 1986.

30) Hunsrücker Zeitung vom 13.10.1986

31) Abgedruckt in: Hunsrück-Forum 15/1987, S. 8., ebenso im Rundbrief des Koordinierungsausschusses Dezember 1986, S. 6.

32) Rhein-Zeitung vom 4./5. Oktober 1986.

33) Ebd.

34) Deutsche Polizei 11/1986, S. 5.

35) Presseerklärung des Koordinierungsausschusses vom 18. Juli 1986.

Aktionen der Friedensbewegung im Zusammenhang mit der Hasselbacher Demonstration hin.<sup>36)</sup> Als Beleg dafür wurde angeführt, dass mit Gerd Hintz ein DKP-Mitglied in Bell auf der Kundgebung sprach, auch wurde Hannes Wader in DKP-Nähe gerückt.

Das Bonner Innenministerium konstatierte zudem eine starke Mitwirkung von Linksextremisten an der Vorbereitung der Großdemonstration und in den Gremien der Friedensbewegung. Auch das Friedensbüro im Hunsrück sah das Bundesinnenministerium kommunistisch dominiert und verwies auf die DKP-Mitgliedschaft von Jürgen Locher, daneben vermuteten die Verfassungsschützer auch eine deutliche Mitwirkung von Kommunisten in der Hunsrücker Friedensbewegung.

Vorwürfe musste allerdings auch der AStA der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule in Koblenz nach der Demonstration hinnehmen. Im CDU-Pressedienst »Union in Deutschland« (UiD) wurde unter der Überschrift »Linker AStA kauft Demonstranten« behauptet, der AStA habe Demonstranten für ein Handgeld von 50 Mark gekauft. »Hehre Worte auf den Lippen, den Judaslohn in der Tasche, so lässt es sich gut demonstrieren«, so der UiD.<sup>37)</sup> Der AStA wies in einer Stellungnahme diese Vorwürfe zurück und forderte eine Gegendarstellung.<sup>38)</sup>

### ■ Bilanz der Großdemonstration

Für die bundesweite Friedensbewegung war die Großdemonstration von Hasselbach ein großer Erfolg. Nach einer Zeit der Stagnation und der Neuorientierung bewies die Friedensbewegung, dass sie immer noch Massen bewegen kann. Andreas Zumach von der »Aktion Sühnezeichen«, der Sprecher des Koordinierungsausschusses der Friedensbewegung, machte nach Hasselbach klar,

»dass das Geunke, die Friedensbewegung sei tot, nicht stimmt.«<sup>39)</sup>

Im Rundbrief des KA hieß es, in Hasselbach sei für jeden sichtbar geworden, dass die Friedensbewegung nachhaltig in die politischen Auseinandersetzungen eingreife und wieder eine ernstzunehmende politische Kraft sei.<sup>40)</sup> Bedauert wurde das geringe Echo in den Medien, wo in erster Linie die friedliche Demonstration im Blickpunkt stand, nicht aber die Inhalte der Reden.<sup>41)</sup> Lob gab es für die »große Leistung von Christen und Gewerkschaftern« sowie »die Vorarbeit und Verankerung der Friedensinitiativen im Hunsrück«.<sup>42)</sup> Im Hunsrück habe diese Demonstration eine ungeheure Sympathiewelle für die lokalen Friedensinitiativen bewirkt.<sup>43)</sup>

Für die Hunsrücker Friedensbewegung war die Großdemonstration daher sicher ein Erfolg. »Wir haben am Rad der Geschichte gedreht«, meinte Reinhard Szech, aktives Mitglied der FI Rhein-Hunsrück-Mosel-Nahe. Es habe sich im Denken der Menschen etwas geändert. Das falle zwar ungeheuer schwer, konkret festzustellen. »Und doch, im Gespräch in der Kneipe, beim Bäcker, im Kirmeszelt oder mit Gemeinderäten fällt auf, es hat sich was getan«, so Szech.<sup>44)</sup> Und nach der Demonstration betonte er: »Diese Demonstration hat Zeichen gesetzt.«<sup>45)</sup>

Gerhard Lorenz, einer der Protagonisten der Hunsrücker Friedensbewegung, meinte am Abend des 11. Oktober 1986: »So einen Tag wie diesen hat der Hunsrück seit seinem Bestehen nicht erlebt.«<sup>46)</sup>

*Der Dipl.-Soziologe Dieter Junker ist freier Journalist.*



36) Abgedruckt in: Bundesminister des Inneren (Hrsg.), Innere Sicherheit, Heft 6/1986, S. 4 ff.

37) Zitiert nach: die tageszeitung vom 26. November 1986; abgedruckt auch in: Hunsrück-Forum 15/1987, S. 9.

38) Ebenfalls abgedruckt in: Hunsrück-Forum 15/1987, S. 9.

39) die tageszeitung, 13.10.1986, S. 1.

40) Koordinierungsausschuss der Friedensbewegung (Hrsg.): Rundbrief Dezember 1986, S. 3, Evangelisches Zentralarchiv (EZA) ZA5099/10 Sign.: 97/668.

41) Kurzbericht von der KA-Sitzung 13. Oktober 1986.

42) Ebd.

43) Rundbrief des Koordinationsausschusses Dezember 1986, S. 5.

44) Friedensinformationen 19 (September 1986), S. 19.

45) Hunsrück-Forum 15/1987, S. 8.

46) die Tageszeitung vom 13.10.1986